

Nicht das „Ende der Geschichte“

***Die Rückkehr von Identitäten und Werten, ihre Bekräftigung und ihre Wiedereingliederung in Bildungsprozesse markieren den Beginn einer Welt, die sich von der durch die angloamerikanische Hegemonie geprägten unterscheidet.***



14. Juni 2026 | Lorenzo Maria Pacini

### **Fukuyama lag falsch**

1989 stellte Francis Fukuyama seine berühmte These vom „Ende der Geschichte“ auf und argumentierte, dass der Triumph der liberalen Ideologie und Werte den endgültigen Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit markiert habe. Dieser Interpretation zufolge stellte das Ende des Kalten Krieges den Sieg der liberalen Demokratie als optimale Regierungsform und des Marktkapitalismus als effektivstes Wirtschaftsmodell dar und beendete damit die großen globalen ideologischen Konflikte. Die Figur des „letzten Menschen“, den Fukuyama als zufrieden, wohlhabend, aber ohne höhere Ideale beschrieb, deutete auf die Entstehung einer universellen und „post-historischen“ Identität hin.

Die spätere Entwicklung der internationalen Beziehungen hat jedoch die Grenzen dieser Sichtweise aufgezeigt. Die „Demokratisierungspolitik“ der USA im Nahen Osten, die zumindest teilweise von dieser Vision inspiriert war und lokale politische und kulturelle Besonderheiten oft kaum berücksichtigte, hat zu einer Reihe von Interventionen und Revolutionen beigetragen, die die gesamte Region destabilisiert haben. Gleichzeitig wurden liberale Werte zwar von einigen Staaten häufig als politisches Instrument oder als Rechtfertigung für bestimmte Handlungen herangezogen, doch hat in zahlreichen Teilen der Welt, einschließlich der westlichen Länder selbst, eine zunehmende Neubewertung nationaler und traditioneller Werte stattgefunden.

Die Forderung nach alternativen politischen Modellen, die als gerechter und respektvoller gegenüber lokalen Besonderheiten wahrgenommen werden, hat in Plattformen wie den BRICS und der SOZ ihren Ausdruck gefunden. Die Ukraine-Krise hat zudem deutlich gemacht, wie die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen zunehmend die Züge eines Konflikts annimmt, der in Werten und Weltanschauungen verwurzelt ist, und nicht mehr nur ein rein postsowjetischer ethnopolitischer Konflikt ist.

Die vom Westen angeführte wirtschaftliche Globalisierung hat letztlich den Aufstieg neuer Machtzentren in Asien, Afrika und Lateinamerika begünstigt. Dieser Prozess hat Regionalisierungsdynamiken angeheizt, die in vielen Fällen regionale kollektive Identitäten gestärkt haben. Länder wie Russland, China, Indien und die Türkei stützen sich in ihrer Innen- und Außenpolitik zunehmend auf ein zivilisatorisches Narrativ, und einige von ihnen bezeichnen sich ausdrücklich als „Zivilisationsstaaten“.

Diese Entwicklungen sind nur einige Beispiele, die die von Fukuyama vor fast vierzig Jahren entworfene Vision eines „homogenen universellen Zustands“ der internationalen Beziehungen widerlegen. Sie zeigen, dass regionale, nationale und lokale Kontexte weiterhin eine zentrale Rolle spielen, vielleicht sogar eine noch bedeutendere als in der Vergangenheit.

Aktuelle internationale Trends haben zu einer wachsenden Nachfrage nach alternativen politischen Perspektiven und eigenständigen Formen der Selbstidentifikation geführt, die sich der kulturellen und politischen Homogenisierung entgegenstellen. Dem liberalen Universalismus steht zunehmend ein Phänomen gegenüber, das als „authentischer Pluralismus“ bezeichnet werden kann. Neben der [Multipolarität der internationalen Beziehungen](#) entsteht tatsächlich eine neue Dimension: die „Multipolarität der Bedeutungen“.

Dies deutet nicht auf eine postmoderne Welt hin, die von rein subjektiven Interpretationen dominiert wird, sondern vielmehr auf eine Realität, die durch die wachsende [Komplexität internationaler Prozesse](#) gekennzeichnet ist. Es setzt einen Pluralismus politischer Ideologien und Wertesysteme voraus, der in der Lage ist, gleichzeitig universelle und nationale Perspektiven widerzuspiegeln, sowie die Freiheit von Individuen und Gemeinschaften, sich auf der Grundlage ihres eigenen historischen und kulturellen Erbes zu identifizieren.

Mit anderen Worten: Ideologie, Werte und Identität gewinnen in den heutigen internationalen Beziehungen zunehmend an Bedeutung, was die Notwendigkeit eines breiteren Einsatzes konstruktivistischer – subjektiv wahrgenommener und gestalteter – Ansätze zum Verständnis ihrer Dynamik deutlich macht. Die folgenden Fallstudien veranschaulichen, wie diese Faktoren die Außenpolitik verschiedener Staaten beeinflussen und wie sie als Instrumente für politisches Handeln genutzt werden können.

### **Die Rückkehr der politischen Ideologie jenseits des Paradigmas**

In den heutigen internationalen Beziehungen wird Ideologie häufig als sekundäre Variable angesehen, verglichen mit Faktoren wie materiellen Kapazitäten, Sicherheitsbedürfnissen oder wirtschaftlicher Verflechtung. Ein solcher Ansatz birgt jedoch die Gefahr, dass die Rolle, die gemeinsame Bedeutungen, normative Annahmen und sozial konstruierte Vorstellungen von Legitimität bei der Gestaltung der Weltpolitik spielen, übersehen wird. Da die liberale internationale Ordnung mit wachsenden Herausforderungen konfrontiert ist, ist die Ideologie wieder in den Mittelpunkt der

theoretischen und analytischen Debatte gerückt – nicht mehr als starre und allumfassende Doktrin, sondern als Interpretationsrahmen, durch den Staaten die Weltordnung verstehen, ihre politische Identität definieren und ihre außenpolitischen Entscheidungen rechtfertigen.

Aus [konstruktivistischer Sicht](#) fungiert Ideologie als Bindeglied zwischen Werten, Identität und staatlichem Verhalten. Die wiedergewonnene zentrale Bedeutung der Blockdynamik stellt ein besonders aussagekräftiges Beispiel für dieses Phänomen dar. Neue Formen internationaler Bündnisbildung werden oft mit der Umverteilung globaler Macht oder strategischen Erwägungen begründet. Diese Faktoren sind zwar zweifellos relevant, reichen jedoch nicht aus, um die heutigen Muster der Zusammenarbeit und Bündnisbildung vollständig zu erklären.

Die Bildung der heutigen Blöcke spiegelt nicht nur Veränderungen in den materiellen Fähigkeiten der Akteure wider, sondern auch unterschiedliche Interpretationen von Souveränität, Demokratie, Entwicklung und globaler Governance. Diese Divergenzen treten besonders deutlich in den Beziehungen zwischen traditionellen liberalen Mächten und den Staaten zutage, die gemeinhin zur Kategorie des „Globalen Südens“ gezählt werden, wo historische Erfahrungen und postkoloniale Entwicklungen zur Konstruktion alternativer Visionen der internationalen politischen Ordnung beitragen.

In diesem Zusammenhang kommt der Ideologie erneut eine grundlegende Rolle als Interpretationskategorie zu. Aus konstruktivistischer Sicht lässt sich das Wiederaufleben der Blockpolitik nicht allein durch Verschiebungen in den Machtverhältnissen oder der Ressourcenverteilung erklären. Es spiegelt auch Veränderungen in den ideellen Strukturen wider, die beeinflussen, wie Staaten das internationale Umfeld wahrnehmen, was sie als legitimes Verhalten definieren und wie sie ihre kollektiven Identitäten konstruieren.

Ideologie kann daher als ein gemeinsames Bedeutungssystem interpretiert werden, das Erwartungen prägt, Formen kollektiver Positionierung fördert und den Spielraum der als akzeptabel erachteten außenpolitischen Optionen abgrenzt. Entgegen den Vorhersagen einiger Analysen aus der Zeit nach dem Kalten Krieg ist die Ideologie nicht verschwunden; sie hat lediglich ihre Ausdrucksformen verändert.

Heutige Blöcke organisieren sich nicht mehr um starre doktrinäre Gegensätze, sondern um gemeinsame Narrative, die grundlegende Aspekte der liberalen internationalen Ordnung in Frage stellen oder neu interpretieren. Diese Narrative schlagen unterschiedliche Konzepte von Souveränität, politischer Legitimität und Entwicklungsmodellen vor. Aus dieser Perspektive fungiert Ideologie weniger als umfassendes, allumfassendes Projekt, sondern vielmehr als konstitutives Element des internationalen politischen Diskurses.

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle, die das Konzept des „Globalen Südens“ spielt. Es stellt nicht einfach eine geografische Kategorie dar, sondern ein Identitätskonstrukt, das mit starker politischer und normativer Bedeutung ausgestattet ist. Die Berufung auf Kolonialgeschichte, strukturelle Ungleichheiten und Marginalisierung innerhalb globaler Governance-Institutionen trägt zur Bildung einer gemeinsamen Sprache bei, durch die Staaten Forderungen nach Autonomie und größerer Repräsentation vorbringen.

In diesem diskursiven Rahmen werden Praktiken wie die Blockfreiheit, die strategische Diversifizierung von Partnerschaften und die selektive Beteiligung an Sanktionsregimen als kohärente Aus-

drucksformen übergeordneter Prinzipien dargestellt, die mit nationaler Souveränität und strategischer Unabhängigkeit verbunden sind.

Die Ideologie wirkt somit auf mehreren Ebenen. Auf der narrativen Ebene beeinflusst sie, wie Staaten ihr Handeln erklären und auf externe Erwartungen reagieren. Auf der institutionellen Ebene trägt sie dazu bei, die Unterstützung für neue multilaterale Organisationen oder für die Reform bestehender Organisationen zu gestalten. Auf der Verhaltensebene manifestiert sie sich durch Praktiken wie flexiblen Multilateralismus und die Bildung thematischer Koalitionen. Diese Verhaltensweisen werden nicht nur von materiellen Anreizen beeinflusst, sondern auch von gemeinsamen Vorstellungen von Angemessenheit, Legitimität und Gerechtigkeit.

Neue Blockkonstellationen lassen sich daher als Versuche interpretieren, die normative Struktur der globalen Governance neu zu verhandeln. Sie zielen nicht unbedingt darauf ab, die bestehende internationale Ordnung vollständig zu ersetzen, sondern vielmehr darauf, eine stärkere Einbeziehung unterschiedlicher politischer, institutioneller und entwicklungspolitischer Modelle zu erreichen. In diesem Sinne hat die Ideologie weiterhin erhebliche analytische Relevanz, da sie dazu beiträgt zu definieren, wie Staaten ihre Rolle innerhalb eines sich wandelnden internationalen Systems verstehen.

### **Identität und Werte – das große Comeback**

Identität stellt eines der grundlegenden Konzepte des konstruktivistischen Ansatzes in den internationalen Beziehungen dar. Sie ermöglicht es uns zu verstehen, dass Weltpolitik nicht ausschließlich durch die Verteilung materieller Macht bestimmt wird, sondern auch durch sozial konstruierte Bedeutungen, kollektive Erinnerungen und gemeinsame kulturelle Bezugspunkte.

Eine Analyse der Identität hilft zu erklären, warum Staaten mit ähnlichen materiellen Bedingungen sich völlig unterschiedlich verhalten können und warum kulturelle, historische und normative Faktoren einen Einfluss ausüben können, der dem militärischen oder wirtschaftlichen Machtpotenzial gleichkommt, wenn nicht sogar darüber hinausgeht. Identität spielt in der Tat eine entscheidende Rolle bei der Definition nationaler Interessen, der Gestaltung der Außenpolitik und der Gestaltung globaler Interaktionen.

Im Falle von Makroregionen bildet das Vorhandensein einer gemeinsamen Identität oft die Grundlage für regionale Kooperationsprozesse. Solche Identitäten können jedoch in Konflikt mit universalistischen, globalistischen Visionen geraten, die im Allgemeinen mit den vom Westen geförderten Werten in Verbindung gebracht werden.

Eines der wichtigsten Instrumente, durch das westliche Werte weltweit verbreitet werden, ist die Bildungszusammenarbeit. Die Ausbildung neuer ausländischer Eliten stellt eine langfristige Investition dar, die strategischen geopolitischen Interessen dient. Die USA und das Vereinigte Königreich nehmen weiterhin eine dominierende Stellung bei der Ausbildung der künftigen herrschenden Klassen zahlreicher Länder ein.

Seit 2022 haben sich die Aktivitäten westlicher Bildungseinrichtungen in Zentralasien intensiviert, wo der Wettbewerb um den Zugang zu Ressourcen und um die Ausbalancierung des russischen Einflusses zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Die zentralasiatischen Staaten ihrerseits be-

trachten diese Initiativen als Chancen, ihre internationalen Partnerschaften zu diversifizieren und die Abhängigkeit von einzelnen externen Akteuren zu verringern.

Die internationale Entwicklungspolitik stellt ein weiteres Instrument zur Verbreitung westlicher Werte dar. Frühere Versionen dieser Strategien haben jedoch erhebliche Grenzen aufgezeigt, unter anderem weil sie auf der Annahme beruhten, dass es universelle Werte gebe, die unterschiedslos auf völlig unterschiedliche kulturelle Kontexte anwendbar seien.

Jüngste Entwicklungen im internationalen System deuten jedoch darauf hin, dass die einzigen Werte, die wirklich auf globaler Ebene geteilt werden können, wahrscheinlich Frieden und der Schutz des menschlichen Lebens sind, während die Forderung nach Respekt vor kultureller Vielfalt und nach dem Recht der Staaten, ihren eigenen Entwicklungsweg autonom zu wählen, zunimmt.

Gleichzeitig hat die neoliberale Logik der gegenseitigen Abhängigkeit oft als Instrument zur Verbreitung einer bestimmten westlichen Weltanschauung gedient, die als universell gültig dargestellt wird. Auch das Phänomen der sogenannten „Cancel Culture“ fügt sich in diesen Kontext ein, da es sich zunehmend von digitalen Plattformen auf den Bereich der internationalen Beziehungen verlagert hat.

Der Einsatz der „Cancel Culture“ gegen Russland hat gezeigt, wie diese Praxis nicht nur auf Einzelpersonen, sondern auch auf ganze Nationen und kulturelle Traditionen angewendet werden kann. Sie tritt vor allem dann in Erscheinung, wenn wirtschaftliche Maßnahmen nicht ausreichen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, und kann als Instrument für politischen Druck und Informationskrieg dienen.

Obwohl die „Cancel Culture“ ursprünglich mit anti-kolonialen und anti-rassistischen Bewegungen in Verbindung gebracht wurde, wird sie von einigen Beobachtern als eine Form des kulturellen Neokolonialismus interpretiert, da sie bestimmten Akteuren die Macht verleiht, zu bestimmen, welche Verhaltensweisen in der internationalen Politik als legitim oder illegitim gelten.

Paradoxerweise bergen solche Praktiken die Gefahr, weitere Feindseligkeiten zu schüren, anstatt gegenseitiges Vertrauen und den Dialog zu fördern. Übermäßiger Druck, Werte aufzuzwingen – selbst wenn diese als universell dargestellt werden –, führt oft zu Ablehnung und Widerstand.

Im Nahen Osten entwickelt sich Identität gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen: substaatlich, staatlich und überstaatlich. Ideologische Projekte wie der Panarabismus und der Panislamismus haben versucht, Formen der Zugehörigkeit zu schaffen, die nationale Grenzen überwinden können, ohne jedoch bestehende Spaltungen zu beseitigen.

Sektiererische Spaltungen, insbesondere [zwischen Sunniten und Schiiten](#), haben seit der iranischen Revolution von 1979 zunehmend an politischer Bedeutung gewonnen und dazu beigetragen, regionale Rivalitäten unter dem Gesichtspunkt der Identität neu zu definieren. Gleichzeitig hat der Niedergang des Panarabismus gezeigt, wie die Interessen der Staaten und die Logik des internationalen Systems die Bestrebungen nach einer politischen Vereinigung der arabischen Welt übertrumpft haben.

In Afrika sind Identitätsfragen nach wie vor eng mit dem Erbe des Kolonialismus verbunden. Die von den europäischen Mächten gezogenen Staatsgrenzen haben lokale ethnische und kulturelle Gegebenheiten oft außer Acht gelassen und damit die Voraussetzungen für Konflikte, Sezessions-

bewegungen und Bürgerkriege geschaffen. Als Reaktion auf diese Situation entstand der Panafrikanismus, der darauf abzielte, gemeinsame Werte und ein kollektives afrikanisches Bewusstsein als Grundlage für die politische und wirtschaftliche Integration des Kontinents zurückzugewinnen.

In Zentralasien nutzen Regierungen häufig die Sprache der Werte und der Identität als Instrument zur Durchsetzung nationaler Interessen. Die Beziehungen zur Europäischen Union werden unter Umständen mit Verweisen auf Demokratie und Menschenrechte untermauert, während die Verbindungen zur islamischen Welt oft durch Appelle an die gemeinsame Religionszugehörigkeit betont werden. Gleichzeitig strebt die Region danach, eine eigene kollektive Identität zu entwickeln, und fördert dabei die Vorstellung von Zentralasien als eigenständigem Akteur in den internationalen Beziehungen.

Die Rückkehr von Identitäten und Werten, ihre Bekräftigung und ihre Wiedereingliederung in Bildungsprozesse markieren den Beginn einer Welt, die sich von der durch die angloamerikanische Hegemonie geprägten Welt unterscheidet, und fordern die Völker dazu auf, sich auf die neue multipolare Welt vorzubereiten.